

REGIEREN WIE GOTT IN FRANKREICH?

DIE KONSERVATIV-LIBERALE PRÄSIDENTENPARTEI UMP

Daniel Eisermann

Scheinbar gehen in Frankreich die politischen Uhren anders. Während in den meisten westeuropäischen Ländern die Volksparteien der rechten Mitte mit Schwierigkeiten der Wählerbindung und wachsender Parteienkonkurrenz zu kämpfen haben, verfügt die *Union pour un Mouvement Populaire* („Volksbewegungsunion“, UMP) seit ihrer Gründung vor sechs Jahren über eine komfortable absolute Mehrheit in der Nationalversammlung und stellt den Staatspräsidenten. Die von der UMP getragene Regierung kann sich nach dem Erfolg bei der Präsidenten- und Parlamentswahl im Frühjahr 2007 ganz auf die Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme und die Durchführung der von Präsident Nicolas Sarkozy angekündigten Reformen konzentrieren. Es ist zu fragen, wie der ungewöhnliche Erfolg dieser konservativ-liberalen Regierungspartei zustande kommt. Zu diesem Zweck sind zunächst die institutionellen Bestimmungsfaktoren der Fünften Republik zu umreißen und die Geschichte der Partei zu betrachten. Der Blick auf das wechselvolle Verhältnis der Partei zum Staatspräsidenten und die Ausgestaltung des innerparteilichen Pluralismus ergibt näheren Aufschluss zur Stellung der UMP in der französischen Politik. Weicht dieser Fall vom erwähnten Trend in der westlichen

Parteienentwicklung ab oder führt eine nähere Betrachtung dazu, den Erfolg der UMP zu relativieren? Schließlich stellt sich die Frage nach den Entwicklungsperspektiven der Sammelpartei der bürgerlichen Rechten.

PRÄSIDENTIALISIERUNG DER FRANZÖSISCHEN PARTEIEN

Im Unterschied zu den rein parlamentarischen Systemen nehmen Parteien im semipräsidentiellen Regierungssystem Frankreichs eine abgewandelte Stellung ein. Hinsichtlich ihres politischen Gewichts sagen Programme und die Zahl ihrer Mitglieder weniger aus als in den meisten anderen europäischen Ländern. Die Zielrichtung der französischen Parteien ist vorrangig auf die Teilnahme an Wahlen gerichtet und damit auf die Auswahl und die Unterstützung der Kandidaten. Die Finanzierung der Parteien und ihrer Wahlkämpfe wurde nach 1988 auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Seitdem erhalten die Parteien abhängig vom Wahlerfolg und der Größe ihrer parlamentarischen Vertretung öffentliche Zuschüsse (die Möglichkeit von Unternehmensspenden wurde dagegen 1995 abgeschafft). Im Inneren oftmals in ausdifferenzierte Strömungen zersplittert, gehören die Parteien in der Regel einem Bündnis des linken oder rechten politischen Lagers an.¹ Schneiden sie bei der Wahl zur Nationalversammlung erfolgreich ab, haben es Parteien und Fraktionen aufgrund der Verfassungsordnung trotzdem schwer, wirksamen Einfluss auf die Regierung auszuüben.² Dies hat vor allem mit der herausgehobenen Bedeutung der Präsidentschaft zu tun. Die Aussicht auf Übernahme oder Bewahrung des höchsten Staatsamtes mit seinen einzigartigen Privilegien – darunter der Vorrang in der Außen- und Sicherheitspolitik, das Recht, den Premierminister zu ernennen oder die Nationalversammlung auflösen zu können – strukturiert den Wettbewerb von Parteien und Spitzenpolitikern in entscheidendem Maße.³

Das Übergewicht der Exekutive blieb nicht unangefochten. Es gab in den 1980er und 1990er Jahren zeitweilig Anzeichen eines Machtgewinns des Parlaments – und damit indirekt der parteipolitischen Kräfte –, zumal in Zeiten der Kohabitation wie zuletzt von 1997 bis 2002, wenn Präsident und Regierungsmehrheit unterschiedlichen politischen Lagern entstammten. Seit der am 24. September 2000 durch ein Referendum beschlossenen Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre (und damit auf die Dauer der Legislatur) und der sich daraus ergebenden Justierung der Wahltermine modifizierte sich das Bild. Das System hat sich wieder stark auf den Präsidenten ausgerichtet. In den Jahren 2002

und 2007 fand die Wahl zur Nationalversammlung unmittelbar nach der Präsidentenwahl statt. So wird es auch in Zukunft geschehen, obwohl nicht ausgeschlossen ist, dass die Abfolge zwischenzeitlich einmal durchbrochen wird, etwa durch eine vorzeitige Neuwahl der Nationalversammlung. Darüber hinaus ist es psychologisch gesehen unwahrscheinlich, dass die Wähler einem neu gewählten Staatschef eine parlamentarische Mehrheit und damit die Möglichkeit, sein politisches Programm zu verfolgen, verweigern werden. Daher erscheint die Wahl der Legislative im Normalfall darauf reduziert, das Ergebnis der Präsidentenwahl noch einmal zu bestätigen und hinsichtlich der politischen Kräfteverhältnisse im Parlament näher auszugestalten.

Aus der Machtstellung des Präsidenten ergibt sich die „Präsidentialisierung“ der französischen Parteien, deren Spitzenkräfte als Ziel ihrer Karriere die Erringung des Präsidentenamtes verfolgen. Parteien mit einem aussichtsreichen Präsidentschaftsanwärter (*présidentiable*) haben eine deutlich bessere Ausgangsposition. Umgekehrt hat sich gezeigt, dass die Parteien bei der Auswahl der *présidentiables* eine dominante Rolle spielen. Ohne die Unterstützung des Apparats und mächtiger personeller Netzwerke in einer Partei kann sich ein Präsidentschaftskandidat kaum in eine günstige Startposition begeben. So ist es bezeichnend, wie die letzten Amtsträger – François Mitterrand, Jacques Chirac oder Nicolas Sarkozy – erst aus der Position von Politikern, die in ihrer Partei unbestritten die Macht ausübten, erfolgreich zum entscheidenden Sprung ansetzen konnten. Als Mythos erwies sich dagegen die Vorstellung, eine überparteiliche Persönlichkeit könne an die Spitze des Staates gelangen, wie dies Charles de Gaulle als Ideal der Präsidentenfunktion der Fünften Republik vorgeschwebt hatte. Natürlich sind große Parteien auch in anderen Ländern um politische Führer und mögliche Regierungs- oder Staatschefs herum aufgestellt. Doch sind die französischen Parteien im Vergleich stärker personalisiert. Außerdem unterliegen sie von Zeit zu Zeit bedeutenden Umgestaltungen, sie verbinden sich unter verändertem Namen zu Wahlallianzen, um anschließend wieder getrennte Wege zu gehen. Oder es kommt wie im Falle der UMP zu einer förmlichen Neugründung. Sofern sie nicht bereits als Hausmacht des Staatspräsidenten fungieren, verstehen sich Parteien, sobald sich ihnen die Aussicht bietet, ihr jeweiliger Aspirant könne in absehbarer Zeit in den Elysée-Palast einziehen, zumindest als potentielle „Partei des Präsidenten“.

Auf der Linken nehmen die Sozialisten eine Vorrangstellung ein. Faktisch hat die Partei ein Monopol darauf, den Kandidaten auszuwählen, der als Spitzenkandidat des „fortschrittlichen Lagers“ in Betracht kommt. Dagegen gab es bei den Mitte-Rechts-Parteien in der Vergangenheit hart geführte Auseinandersetzungen und konkurrierende Präsidentschaftskandidaturen, die dann beim zweiten Wahlgang die Siegesaussichten des verbliebenen Rechtskandidaten nachhaltig schmälern konnten. Analog galt dies bei der Wahl zur Nationalversammlung, bei der in den Einerwahlkreisen ebenfalls zwei Runden nach dem Mehrheitswahlrecht vorgesehen sind. Aus diesem machtstrategischen Ansatz heraus wurde daher schon lange über einen Zusammenschluss der neogaullistischen „Sammlungsbewegung für die Republik“ (*Rassemblement pour la République*, RPR) und der „Union der französischen Demokratie“ (*Union pour la Démocratie française*, UDF) nachgedacht. Anders als bei den Präsidentenwahlen hatte bei den Wahlen zur Nationalversammlung schon seit den 1980er Jahren die Tendenz zugenommen, enger zu kooperieren und bereits in der ersten Runde gemeinsame Kandidaten aufzustellen.⁴ Hinzu kam, dass Gegensätze etwa in der Wirtschaftspolitik und auf anderen Politikfeldern häufig quer durch bisherige Parteigrenzen verliefen. Die organisatorische Trennung zwischen RPR und UDF hatte daher in den Augen vieler Betrachter inhaltlich und praktisch ihre Berechtigung eingebüßt.

DIE GRÜNDUNG DER UMP

Der konkrete Impuls zur Neugründung ging von dem Wiederwahlprojekt Jacques Chiracs aus. Seine Partei hatte sich gegen die Regierungsmacht des sozialistischen Premierministers Lionel Jospin zu behaupten und strebte nach einem möglichst breiten Wahlbündnis, das seit April 2001 den Namen *Union en Mouvement* („Union in Bewegung“, UEM) trug. Zu den Befürwortern einer neuen Kandidatur des Präsidenten stießen viele Zentrumspolitiker, die nur mit ihm die Aussicht verbanden, eine fortgesetzte Dominanz der Linken zu verhindern. Bald zeichnete sich ab, dass aus dem Wahlbündnis zugunsten des Präsidenten die seit Jahren anvisierte Einheitspartei der bürgerlichen Rechten hervorgehen würde. Die im Verlauf des Jahres 2002 schrittweise vollzogene Gründung der UMP bedeutete, wie auf der Website der Partei zu Recht festgestellt wird, eine „größere politische Wende in der französischen politischen Landschaft“.⁵ Dabei wurde der Zusammenschluss am Ende nicht vollständig durchgeführt. Um diese Vorgänge besser zu verstehen, muss man zunächst die Vorgängerparteien der UMP betrachten.

Die RPR war der Kern, um den herum sich die Fusion oder, wie Kritiker es sahen, die „Aufsaugung“ der UDF vollzog. Die mitgliederstärkere und relativ straff geführte neogaullistische Bewegung war während der ersten Amtszeit Chiracs die „Partei des Präsidenten“, befand sich jedoch seit der missglückten Parlamentsauflösung und Neuwahl von 1997 in der Opposition. Die im Jahr 1976 von Chirac gegründete RPR, Nachfolger mehrerer Vorläuferparteien, definierte sich als politischer Erbe des Gaullismus. Als Wesenszüge des Gaullismus gelten die Verbundenheit mit den Institutionen der Fünften Republik und das Betonen der Autorität des Staates im Inneren ebenso wie der äußeren Souveränität eines starken Frankreichs.⁶ Hinzu kam das Selbstverständnis einer „Bewegung“ mit teilweise populistischen Zügen, die zugleich als loyale Unterstützerin des Präsidenten auftrat. Neben konservativen Zügen bot die RPR ebenso wirtschaftsliberalen, proeuropäischen wie linksgaullistischen Strömungen ein politisches Dach. Die damit verbundenen Widersprüche waren in der Persönlichkeit Chiracs aufgehoben, der sich je nach Lage der Dinge zu einem konservativen Staatsverständnis, zu liberalen Forderungen oder zu Appellen an die „soziale Kohäsion“ bekannte. Beim Thema Europa waren die ideologischen Risse aber nicht zu überbrücken, wie sich beim Maastricht-Referendum von 1992 gezeigt hatte, als Chirac nur einen Teil der Partei ins Lager der Befürworter ziehen konnte. Beim gescheiterten Referendum zur europäischen Verfassung am 29. Mai 2005 bestätigte sich, dass auch die „postgaullistische“ UMP beim Thema Europa nicht zu einer geschlossenen Position finden kann.

Ein anderes Bild bot die – tendenziell europafreundliche – UDF, die gleich mehrere „politische Familien“ der französischen Geschichte integrierte. Ihre Gründung im Jahr 1978 war typischerweise im Zeichen der Sammlung um einen einzelnen Politiker, den damaligen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, erfolgt. Von RPR und Sozialisten unterschied sich die UDF besonders in zweierlei Hinsicht. Sie wies zum einen den Charakter einer Honoratiorenpartei mit relativ geringer Mitgliederzahl auf, die auf der Ebene von Amts- und Funktionsträgern in Parlamenten und Verwaltungen verwurzelt war. Zum anderen stellte sie ein Kartell mehrerer Parteien dar, die rechtlich und tatsächlich fortexistierten, obgleich auch die Möglichkeit bestand, der UDF als Mitglied direkt beizutreten. Die beiden wichtigsten Formationen waren, vereinfacht gesprochen, die liberalen Republikaner, welche die ursprüngliche politische Heimat Giscard d'Estaings ausmachten, und die Zentristen, die eine christlich-soziale Tendenz einschlossen und in der Vergangenheit oft in Distanz zum

Gaullismus gestanden hatten. Der Zusammenschluss zu einer homogenen „neuen UDF“ stand 1998 nach der Wahl François Bayrous zum Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Die von dem entschiedenen Wirtschaftsliberalen Alain Madelin geführten Republikaner (seit 1997 unter dem Parteinamen *Démocratie libérale*, DL) koppelten sich jedoch ab und begannen sich nach der Trennung vom Zentrum den Neogaullisten anzunähern. Mit diesem Vorgang setzte, wie aus heutiger Sicht gut zu erkennen ist, eine unaufhaltsame Erosion der Mitte ein. Bei der ersten Runde der Präsidentenwahl am 21. April 2002 landete Bayrou mit 6,8 Prozent abgeschlagen auf dem vierten Rang. Der DL-Kandidat Madelin erzielte lediglich 3,9 Prozent. Während dieser daraus den Schluss zog, die Vereinigung mit der RPR mitzumachen und seine Formation aufzulösen, bewahrte Bayrou die Eigenständigkeit seiner Partei.

Nachdem sich Präsident Chirac, der in der ersten Runde nur 19,9 Prozent der Stimmen bekam, gegen den überraschend in die Stichwahl eingezogenen Kandidaten der Nationalen Front, Jean-Marie Le Pen, die Wiederwahl gesichert hatte, stand im Juni 2002 die Wahl zur Nationalversammlung an. Bereits am 23. April war zu diesem Zweck die UEM zu dem Wahlbündnis *Union pour la Majorité Présidentielle* („Union für die Mehrheit des Präsidenten“, UMP) erweitert worden, die als Vorstufe der Parteigründung gedacht war. Die unter diesem Label antretenden Kandidaten gewannen mit 367 Mandaten mehr als drei Fünftel der zu vergebenen Sitze und vereinigten in der ersten Runde zusammen 33,3 Prozent der Stimmen auf sich. In den Stichwahlen stieg der Anteil mit dem Wegfall der in den Wahlkreisen unterlegenen Kandidaten der kleineren Rechtsparteien und Gruppierungen sogar auf mehr als 47 Prozent an. Diese Zahl besagt allerdings wenig über den realen Wähleranteil, sondern ergibt sich aus der Verstärkungswirkung des Mehrheitswahlrechts. Vorausgesetzt, dass in einem Wahlkreis kein Kandidat eine absolute Mehrheit erreicht, sind bei den eine Woche später angesetzten Stichwahlen nur jene Kandidaten teilnahmeberechtigt, die wenigstens die Stimmen von 12,5 Prozent der Wahlberechtigten bekommen haben. Zudem tritt im Zweifel nur der bestplatzierte Kandidat des jeweiligen politischen Lagers zur zweiten Runde an. In der Folge spielte Bayrou mit seiner Partei, der 29 Abgeordnete verblieben, die Rolle einer von der UMP unabhängigen Kraft. Obwohl die UDF einen Minister in der Regierung stellte, nahm sie eine distanzierte Haltung zur Politik der Premierminister Jean-Pierre Raffarin und später Dominique de Villepin ein.

Triumphiert hatte die UMP, deren Gründungskongress am 17. November 2002 in Le Bourget stattfand, und mit ihr noch einmal das politische Geschick Jacques Chiracs. Ihm war es nach jahrelangen Versuchen gelungen, die bürgerliche Mehrheitspartei ins Leben zu rufen, zu deren Vorsitzenden er einen Vertrauten, den früheren Premierminister Alain Juppé, wählen ließ. Welchen Namen sollte die Formation künftig tragen? An diesem Punkt zeigte sich symbolisch die Schwierigkeit, die ideologische Spannweite der „Präsidentenmehrheit“ auf den gemeinsamen Punkt zu bringen. Keine der Richtungen, die sich unter dem neuen Dach eingefunden hatten, sollte sich ausgeschlossen fühlen. Schließlich wurde der Bezeichnung *Union pour un Mouvement Populaire* der Vorzug gegeben und damit das Kürzel, an das sich die Öffentlichkeit bereits gewöhnt hatte, beibehalten. Der Parteiname ist so wenig aussagekräftig wie möglich. Die „Union“ spielt auf die Überwindung des Gegensatzes von RPR und Zentrum an, und die „Volksbewegung“ lässt verhalten die gaullistische Tradition anklingen.⁷ Die in der neuen Partei zusammengefassten Strömungen waren inhaltlich auf Chiracs Wahlplattform, die als Richtschnur der Regierungsarbeit diente, eingeschworen.

MACHTKAMPF UND TRIUMPH DER SARKOZY-PARTEI

Die UMP ist als Partei im Sinne der Fünften Republik primär ein Instrument der Mobilisierung zugunsten des jeweiligen Präsidenten oder Parteiführers. Und genau hier fingen die Probleme an, als sich der populäre Minister Nicolas Sarkozy anschickte, die Partei des Staatsoberhauptes von innen zu erobern und nach und nach zur „Partei des Kandidaten“ Sarkozy umzugestalten. Sarkozy hatte sich als RPR-Politiker bereits in der Vergangenheit unbotmäßig verhalten und bei der Präsidentenwahl 1995 nicht Chirac, sondern dessen innerparteilichen Rivalen und damaligen Regierungschef Edouard Balladur unterstützt. Eine später erfolgte Aussöhnung konnte das einstige Vertrauensverhältnis niemals wieder ganz herstellen. Als Generalsekretär (und kurzzeitig als Vorsitzender) war Sarkozy nach 1997 in die Parteiführung aufgerückt. Nach dem Misserfolg einer von ihm geführten RPR-DL-Liste bei der Europawahl 1999, die mit 12,8 Prozent der Stimmen miserabel abschnitt, zog sich Sarkozy eine Zeit lang zurück. Nach seiner Wiederwahl holte Chirac den quirligen Politiker jedoch ins Kabinett und berief ihn zum Innenminister. Sarkozy stand bald bei den Anhängern der Rechten in großer Beliebtheit. Dafür war nicht zuletzt das im März 2003 in Kraft getretene „Gesetz zur inneren Sicherheit“ verantwortlich, das auf rigorose Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung

abzielte und den Strafbehörden im Verdachtsfall tiefe Eingriffe in die Privatsphäre gestattet.

Neben seinem unverkennbar populistischen Stil sollte sich der von politischen Gegnern angefeindete Innenminister als durchsetzungsstark erweisen. Nach den Regeln des politischen Lebens in Frankreich stieg er zum *présidentiable* auf und damit aus Sicht der Chirac-Anhänger zum möglichen „Königsmörder“. Auf die Frage eines Fernsehmoderators im November 2003, ob er oft an das Präsidentenamt denke, entgegnete Sarkozy mit dem später geflügelten Wort: „Nicht nur morgens beim Rasieren!“ Ende März 2004 wurde der Innenminister anlässlich einer Kabinettsumbildung zum „Superminister“ für Wirtschaft, Finanzen und Industrie weggelobt. In der neuen Funktion sollte Sarkozy die Verantwortung für geplante, tendenziell unpopuläre Wirtschaftsreformen übernehmen. In dem einsetzenden Machtkampf wurden von beiden Seiten alle politischen Register gezogen.⁸ Das Geschehen nahm allerdings früh eine entscheidende Wendung. Parteichef Juppé musste infolge einer Korruptionsaffäre, die praktisch Chiracs gesamte frühere Amtszeit als Pariser Bürgermeister ins Zwielicht rückte, zurücktreten. Unversehens war für Sarkozy der Weg an die Spitze der UMP frei, und am 28. November 2004 wählten ihn die Parteimitglieder mit rund 85 Prozent der Stimmen zum Vorsitzenden. Der Präsident reagierte, indem er Sarkozy wegen „Ämterhäufung“ das Ministeramt entzog. Das Verhältnis der Parteiführung zum Staatspräsidenten prägte fortan offene Konkurrenz.

Chirac hatte sich lange die Option aufrechterhalten, noch einmal selbst die Wiederwahl anzustreben, bis er sich entschied, einen anderen Präsidentschaftskandidaten gegen Sarkozy aufzubauen. Premierminister Raffarin wurde nach dem gescheiterten Europa-Referendum entlassen und Ende Mai 2005 durch Innenminister Dominique de Villepin ersetzt. Am Übergewicht des Parteichefs Sarkozy, der in die Regierung zurückkehrte und erneut das freigewordene Amt des Innenministers übernahm, war freilich zu diesem Zeitpunkt kaum zu zweifeln. Dies war eine Folge der sich noch länger hinziehenden (nach einer Luxemburger Wertpapiersammelbank benannten) Clearstream-Affäre. In deren Verlauf sollte sich de Villepin durch den Versuch, Sarkozy anzuschwärzen und zu Unrecht mit Bestechungszahlungen in Verbindung zu bringen, am Ende selbst kompromittieren. Sarkozy konnte den Premierminister innerparteilich in den Hintergrund drängen und wurde schließlich am 14. Januar 2007 bei einer Urwahl von rund 234.000 an der Abstimmung teilnehmenden Parteimitgliedern ohne Ge-

genkandidat einmütig als Präsidentschaftskandidat inthronisiert. In der gesamten Phase der Rivalität offenbarte sich das Eigengewicht der UMP, die sich machtbewusst an ihrem Gründer Chirac vorbei auf den Parteiführer als „kommenden Mann“ ausrichtete und auf diese Weise frühzeitig in einen neuen Zyklus als Präsidentenpartei eintrat. Dahinter steckte das objektive Interesse einer um Einigkeit bemühten Partei, die sich vor einer Wahlauseinandersetzung um den erfolgversprechendsten Kandidaten scharte.

In seinen Amtszeiten als Innenminister hatte sich Sarkozy als Politiker des *Law and Order* profiliert, der von der „Reinigung“ sozialer Problemzonen in den Vorstädten sprach. Dahinter verbarg sich die Absicht, Stimmen vom rechten Rand ins bürgerliche Lager zurückzuziehen. Seine Popularität verhalf Sarkozy dann im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl am 22. April 2007 zu dem ausgezeichneten Ergebnis von 31,2 Prozent der Stimmen. Das Resultat Chiracs fünf Jahre zuvor, mit dem diese Zahl verglichen wurde, war um elf Prozentpunkte übertroffen. Letztlich vermochte Sarkozys sozialistische Gegenkandidatin Ségolène Royal die entstandene Dynamik nicht abzubremesen. Die Stichwahl ergab eine Mehrheit von 53 zu 47 Prozent für das konservative Lager. Das Ausmaß des Sieges wird offenbar, wenn der Niedergang der Rechtsextremen und der Kollaps des Zentrums bei der folgenden Parlamentswahl am 10. und 17. Juni in die Rechnung einbezogen werden. Die UMP gewann in der ersten Runde 39,5 Prozent – mit Kandidaten der verbündeten Gruppierungen summierte sich dies auf mehr als 45 Prozent der Stimmen. Im Ergebnis entstand eine Fraktion von 320 Abgeordneten. Ergänzt um die 23 Sitze des von Bayrou abgefallenen *Nouveau Centre* ergab dies eine sichere absolute Mehrheit. Die Fraktion der UMP ist, wie bei ihrer Konstituierung erklärt wurde, politisch „um den Staatspräsidenten vereint“.⁹ Dies und die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse scheinen Präsident Sarkozy und der von ihm ernannten Regierung für die nächsten Jahre ein nahezu ungehindertes „Durchregieren“ zu ermöglichen.

Der Wahlerfolg der UMP, der nach der Parteifarbe so bezeichnete „blaue Tsunami“, basierte nicht zuletzt darauf, dass das unabhängige Zentrum um François Bayrou ausmanövriert wurde. Dieser hatte bei der Präsidentschaftswahl 18,6 Prozent der Stimmen erreicht, jedoch hinter Ségolène Royal (25,9 Prozent) den Einzug in die Stichwahl verpasst. In Überschätzung seiner Position entschloss sich Bayrou dazu, mit seiner zum *Mouvement Démocrate* („Demokratische Bewegung“, MoDem) erweiterten Partei als

unabhängige Kraft ins Rennen zu ziehen. Die riskante Strategie ging damit einher, die Zugehörigkeit zum rechten Gesamtlager in Zweifel zu ziehen. Bayrous Anhang schrumpfte daraufhin binnen Wochen auf 7,6 Prozent und drei Abgeordnete in der Nationalversammlung. Die gelichteten Bänke der Zentristen nahm faktisch die Fraktion des Neuen Zentrums (*Le Nouveau Centre*) ein. Die dahinter stehende Absetzbewegung erinnerte an Vorgänge bei der Gründung der UMP. Prominentester Überläufer und späterer Chef der neuen Partei war Hervé Morin, der zuvor eine führende Rolle in Bayrous Wahlkampf eingenommen hatte. Fast sämtliche bisherigen UDF-Parlamentarier schlugen sich auf die Seite Sarkozys, um im Bündnis mit der Präsidentenpartei ihre politische Existenz zu retten. Als Gegenleistung verzichtete die UMP darauf, in den betreffenden Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen. Es handelt sich bei dem Neuen Zentrum trotz ihres landesweiten Apparats und der eigenen Fraktion um keine wirklich eigenständige Kraft. Die regierungstreue Formation sichert die Stellung der UMP zur Mitte hin ab und der ursprünglich taktisch motivierte Gegensatz zwischen den „Abtrünnigen“ und Bayrous MoDem dauert fort.¹⁰

Tabelle: Zusammensetzung der Nationalversammlung (577 Sitze)

Fraktionsstärke und Stimmenanteil der Parteien im ersten Wahlgang		
	Parlamentswahl 2002	Parlamentswahl 2007
UMP	365 (33,3)	320 (39,5)
Neues Zentrum	–	23 (2,0)
UDF / MoDeM	29 (4,9)	3 (7,6) ^{FL}
Sozialisten	141 (24,1)	204 (24,7)
Kommunisten	21 (4,8)	20 (4,3)*
Grüne	3 (4,5) ^{FL}	4 (3,3)*
Nationale Front	– (11,3)	– (4,3)
Andere	18	3

Die Wahlergebnisse wurden aus mehreren Quellen zusammengestellt. Aufgrund des Wahlrechts stehen Sitzzahlen und Stimmenanteile nicht in direktem Bezug. In der Tabelle sind die prozentualen Stimmenanteile in Klammern neben den Sitzzahlen angeführt. Die notwendige Fraktionsstärke beträgt zwanzig Abgeordnete. Die Parlamentarier des *Mouvement Démocrate* (MoDem) sind fraktionslos (^{FL}). Die grünen Abgeordneten (*) schlossen sich 2007 der Fraktion der Kommunisten (*Gauche démocrate et républicaine*) an, die somit 24 Mitglieder umfasst. Die *Apparentés* – Unabhängige und Abgeordnete kleiner Parteien, die den Fraktionen nur mit Gaststatus angehören – sind hier nicht gesondert ausgewiesen.

An dieser Konstellation zeigt sich, dass es neben der – verfassungsrechtlich nicht zwingenden, aber faktischen – Fixierung des politischen Systems auf das Präsidentenamt, die Zwänge des absoluten Mehrheitswahlrechts sind, welche die Struktur des Parteiensystems nachhaltig beeinflussen. Prozent- und Sitzzahlen geben in Frankreich häufig nur ungenau Aufschluss über die realen Wähleranteile. Diese können bei Regionalwahlen oder bei der Europawahl, wenn das Verhältniswahlrecht gilt, überprüft werden. Bei der Wahl zur Nationalversammlung kommt es dagegen vor allem darauf an, ob die Parteien in den Einerwahlkreisen ihre Kandidaten gegeneinander antreten lassen oder nicht. Bayrous Partei hat dies getan, sie hat in 535 Wahlkreisen Bewerber aufgestellt und ist damit gegen die Phalanx der UMP-Kandidaten angerannt. Es sieht so aus, dass MoDem als unabhängige Kraft in Zukunft bestenfalls mit wenigen Köpfen in der Nationalversammlung vertreten sein wird. Dieses Randschicksal würde sie mit anderen kleinen Parteien, die außerhalb der großen Lager stehen, teilen. Sollte die Bayrou-Partei weiter stagnieren, wird zudem für die Getreuen die Versuchung groß sein, bei der nächsten Parlamentswahl in den Schoß des Präsidentenlagers zurückzukehren und sich auf Wahlabsprachen mit der UMP einzulassen.

Die Präsidentenpartei übt auf die Anhänger der Rechten eine anhaltende Anziehung aus. Die UMP verzeichnete auf ihrer Homepage zum Jahresende 2007 insgesamt 370.247 Mitglieder, was einem Zuwachs um mehr als 40.000 Mitglieder innerhalb eines Jahres entspricht. Dennoch sollte man sich von der Vorherrschaft im bürgerlichen Lager, die das Mehrheitswahlrecht begünstigt, nicht zu sehr beeindrucken lassen. So errang die Partei bei der Europawahl 2004 gerade einmal 16,6 Prozent der Stimmen. Die UMP, die damals durch interne Machtkämpfe belastet war (und auch bei den Regionalwahlen im gleichen Jahr schlecht abschnitt), hatte sich starker Konkurrenz anderer Parteien zu erwehren. Darunter befand sich die integrationsfeindliche „Bewegung für Frankreich“ (*Mouvement pour la France*, MPF) des früheren UDF-Politikers Philippe de Villiers, der später als Präsidentschaftskandidat 2007 nur 2,2 Prozent der Stimmen gewann. Seine nationalkonservative Partei, die im zweiten Wahlgang die UMP zu unterstützen pflegt, ist im Zwischenraum zwischen dieser und den Rechtsextremen angesiedelt.¹¹ In Frankreich bieten Europawahlen die seltene Gelegenheit, den Parteienwettbewerb unter den Bedingungen der Verhältniswahl zu organisieren. Das Abschneiden bei der Europawahl 2009 verspricht daher – bei allen Einschränkungen, die an dieser Stelle hinzugedacht werden müssen, darunter die meist niedrige Wahlbeteili-

gung – einigen Aufschluss über die Mobilisierungskraft der UMP und die Konkurrenzsituation im rechten Lager.

INNERPARTEILICHER PLURALISMUS

Wie das Nebeneinander verschiedener „Sensibilitäten“ und Strömungen in und um die UMP herum organisiert ist, gehört zu den bestimmenden Faktoren des Parteilebens. Bei den französischen Parteien besteht eine Neigung, klar definierte innerparteiliche Strömungen auszubilden, die häufig als *courants* bezeichnet werden. Sie weisen teilweise eine spezielle Mitgliedschaft auf, ein eigenes Führungspersonal und konkurrieren miteinander um die inhaltliche wie personelle Ausrichtung der Gesamtpartei. In die neu gegründete konservativ-liberale Sammelpartei fand eine Vielzahl politischer Familien und Parteien Eingang. Anfangs war entschieden worden, die Bildung organisierter Strömungen in den Parteistatuten zu verankern.¹² Dabei ging es um deren förmliche Anerkennung, das Recht der Strömungen, einen gesonderten Programmantrag (*motion*) auf Parteitag einzubringen, und eine anteilige Finanzierung. Von diesen „Bewegungen“ (*mouvements*), wie die Strömungen im Parteistatut der UMP benannt sind, sollte eine lebendige innere Debatte profitieren. Die Bereitschaft, den Pluralismus so stark zu institutionalisieren, war aber nicht von langer Dauer. Tatsächlich sind diese Bestimmungen ein toter Buchstabe geblieben und niemals ausgeführt worden. Gerade die Parteiführung versuchte die vorgesehene Entwicklung zu blockieren. Dahinter stand die Befürchtung, die Strömungen könnten sich zu Plattformen künftiger Präsidentschaftsanwärter entwickeln und so den überwunden geglaubten innerparteilichen Führungskampf wieder anfachen. Ferner drohte Gefahr, dass am Ende die alten Parteigrenzen in neuer Gestalt auferstehen würden. Dann stellte sich das Chirac-Lager dagegen, das die Ausformung einer Mehrheitsströmung der Sarkozy-Anhänger mit aller Macht unterbinden wollte.

Nach der Wahl Sarkozys zum Parteichef und erst recht nach seinem Einzug in den Präsidentenpalast hat sich das Thema der *mouvements* vorübergehend erledigt. An dem Sichtbarwerden eines großen Übergewichts der Mehrheitsgruppierung hatten weder die „Sarkozysten“ noch die anderen Richtungen ein echtes Interesse. Über die Zulassung formeller Strömungen wird von Zeit zu Zeit diskutiert, aber die Tatsache, dass sechs Jahre seit Gründung der UMP vergangen sind, ohne dass etwas geschehen ist, spricht für sich. In der Konsequenz hieß dies jedoch, dass

sich der innere Pluralismus anderweitig Bahn verschaffen musste. Die Statuten eröffnen mit dem Instrument der „Assoziation“, das unten erläutert wird, einen zusätzlichen Weg und auch informelle Tendenzen machen sich bemerkbar. Und so durchzieht die Partei ein kaum zu übersehendes Geflecht von Gruppierungen, Vereinigungen, regelrechten Unterparteien und politischen Klubs, die, von der UMP mitfinanziert, um einen Zuwachs an Mitgliedern und Mandatsträgern und damit um Einfluss in den Strukturen der Gesamtpartei wetteifern. Der Nachteil in demokratischer Hinsicht liegt darin, dass die Strukturen wenig transparent sind und die UMP-Führung mit unterschiedlichen Gruppierungen jeweils besondere Regelungen trifft. Daraus resultiert leicht eine Ungleichbehandlung, die Formen der Abhängigkeit und den politischen Klientelismus fördern kann.

Unter den zahlreichen Gruppierungen im Regierungslager lassen sich nach rechtlichen und politischen Kriterien mehrere Typen unterscheiden. Zunächst kommt bei der UMP ein Spezifikum französischer Parteien zum Tragen, nämlich die oftmals unscharfen Abgrenzungen. Nicht immer ist ganz klar, wer zu einer bestimmten Partei oder nur zum „Lager“ gehört. Charakteristisch sind Kleinparteien, die im Umfeld der größeren Parteien existieren und den Parteinaamen bestenfalls eingeschränkt verdienen. Diese Formationen führen ein gewisses Eigenleben, wenngleich sie meist auf wenige Hochburgen konzentriert sind. Manche unter ihnen bewahren das Erbe einst berühmter „politischer Familien“, die im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren haben. Das erwähnte *Nouveau Centre* ist eine abhängige Partei, die bei Wahlen praktisch nicht mit der UMP konkurriert. Ihr Vorsitzender ist Verteidigungsminister Hervé Morin. Die nächste Stufe bilden „assozierte Parteien“, die nach dem Prinzip der Doppelmitgliedschaft konstruiert sind. Angeschlossen sind der UMP ausdrücklich jene Parteien oder Vereinigungen, die gemäß dem Parteistatut als assoziierte juristische Personen firmieren. Sie werden vom Nationalrat, dem „Parlament“ der UMP, anerkannt und sind in den Parteigremien vertreten.¹³ Ihre Mitglieder nehmen am innerparteilichen Leben der Dachpartei teil. Zu nennen ist an erster Stelle die auf die älteste französische Partei zurückgehende „Radikale Partei“ (vormals ein Teil der UDF), deren Führer Jean-Louis Borloo als Umweltminister der Regierung angehört. Die Radikalen stellen 18 Abgeordnete in der UMP-Fraktion und einige Senatoren.¹⁴ Daneben gibt es das christlich-konservative „Forum der sozialen Republikaner“ (FRS), das zwei Abgeordnete stellt. Parteichefin ist die Wohnungsbauministerin Christine Boutin. Sie entstammt ebenfalls der UDF und

kandidierte 2002 für die Präsidentschaft – sie erzielte 1,2 Prozent der Stimmen –, bevor sie sich der UMP anschloss. Als marginal einzustufen sind die „Unabhängigen und Bauern“ des *Centre National des Indépendants et Paysans* (CNI, zwei Abgeordnete), die den Überrest einer älteren konservativen Partei bilden.

Hinzu kommt ein ganzer Kranz von „assozierten“ Vereinigungen, die nicht einzeln aufgezählt werden können. Häufig stehen dahinter einzelne Politiker, die sich mit einer eigenen Gruppierung profilieren wollen. Dieses Geflecht von Klubs oder im Hintergrund wirkender Think-Tanks steht wie die assoziierten Parteien in Verbindung mit den für den Pluralismus der UMP bedeutsameren ideologischen Grundtendenzen. Deren genaue Stärke ist nur schwer zu ermitteln. Eine Untersuchung, die auf der Befragung der Teilnehmer am UMP-Parteikongress vom 28. November 2004 basiert, liefert am ehesten näheren Aufschluss. Dabei wurden als vorherrschende Ausrichtungen die „Gaullisten“ (34,3 Prozent) und die „Liberalen“ (33,5 Prozent) herausgefiltert. Identifiziert wurden zudem eine zentristische Tendenz (11,4 Prozent), die europakritischen „Souveränisten“ (7,4 Prozent) und ein sozialer Flügel (7,6 Prozent).¹⁵ Neben den Linksgaullisten, zu deren traditionellen Themen die betriebliche Mitbestimmung (*participation*) zählt, können zu dem „sozialen Pol“ die erwähnten Radikalen, die so genannten „blauen Ökologen“ und eine Anzahl von in das Sarkozy-Lager gewechselten Sozialisten gerechnet werden.

Anfang der 1990er Jahre versammelte sich der souveränistische Flügel der RPR in einem großen *courant*, der die Linksgaullisten einschloss, um die Politiker Philippe Séguin und Charles Pasqua. Entschieden bekämpft wurde seinerzeit der liberale Europakurs der Parteimehrheit um Jacques Chirac. Pasqua hatte dann den Neogaullisten zeitweilig den Rücken zugewandt und eine eigene Partei gegründet, die „Sammlungsbewegung für Frankreich“ (*Rassemblement pour la France*, RPF), die nach wechselvoller Geschichte wieder zerfiel.¹⁶ Die Souveränisten haben heute in der UMP aus einer Reihe von Gründen kein größeres Gewicht, zumal ihr Gedankengut teilweise von einer anderen Partei, nämlich der MPF, verfochten wird. Auch die Vereinigung *Debout la République*, die zeitweise viele Souveränisten in der Partei zusammenfasste, hat sich inzwischen von der UMP getrennt.

Auffällig ist, in welchem Maße sich die ehemaligen UDF-Mitglieder und deren Politiker in die Gesamtpartei eingefügt haben. Die Integration der einstigen UDF-Bestandteile ist weit fortgeschritten. Deren einstige Spit-

zen, soweit sie nicht in den assoziierten Parteien oder dem Neuen Zentrum Platz fanden, üben inzwischen nur noch geringen Einfluss aus. Einer ihrer Exponenten war Philippe Douste-Blazy, ein ehemaliger Vorsitzender der UDF-Fraktion, der nach dem Eintritt in die UMP zunächst Generalsekretär der Partei war und unter Premierminister de Villepin von 2005 bis 2007 das Amt des Außenministers bekleidete. Er spielt inzwischen ebenso wenig eine Rolle wie Alain Madelin, der die wirtschaftsliberale DL in die Einheitspartei eingebracht hatte. Dagegen gehört der frühere Premierminister Jean-Pierre Raffarin, ursprünglich ein DL-Politiker, der Parteiführung weiter an. Alles in allem bestätigte sich die Erwartung, dass die „Honoratioren“ der UDF sich in der neogaullistischen Mehrheit bald verlieren würden. Es mangelte ihnen ohnehin an einer eindeutigen inhaltlichen Abgrenzung, und darin lag ja von Anfang an ein Hauptargument für die Gründung der Einheitspartei. Die stark vorangetriebene Mitgliederwerbung der UMP hat dann zusätzlich dazu beigetragen, die alten Parteilinien zu verwischen.

Der wichtigste Akzentunterschied innerhalb der Präsidentenpartei trennt heute Liberale und Gaullisten. Die wirtschaftsliberalen Kräfte, die bei Gründung der UMP durch den Beitritt der DL eine wesentliche Stärkung erfuhren, sind breit aufgestellt und verfügen insbesondere um einen Klub von wenigstens achtzig Abgeordneten, die sich als die „Reformer“ (*Les Réformateurs*) bezeichnen (eine weitere teilweise personell überlappende Vereinigung ist *Génération Entreprise*). Liberale Themen sind die Befürwortung einer entschiedenen Steuerreform, der Abbau des öffentlichen Dienstes und die Kritik an der in Frankreich geltenden „Reichensteuer“. Nichtsdestoweniger verläuft die wirtschaftspolitische Debatte in der UMP recht konfus, da sich in dem komplizierten Nebeneinander der Tendenzen und Gruppierungen kaum ein führender Akteur in einen offenen Gegensatz zur Regierungspolitik begeben mag.¹⁷ In deren konservativ-liberaler „Reformagenda“ wird der Gegensatz zwischen den Hauptrichtungen überbrückt. So setzten Sarkozy und mit ihm die UMP im Wahlkampf liberale Akzente. Versprochen wurden eine Senkung der Steuern- und Abgabenlast, die Rückführung öffentlicher Defizite und das Aufbrechen bestehender Verkrustungen im französischen Sozial- und Wirtschaftsmodell. Doch wird diese Rhetorik „gaullistisch“ aufgefangen. Hierfür steht das Verständnis von der EU als einem wirtschaftlichen Schutzraum, an dem sich namentlich die Wechselkurspolitik der Europäischen Zentralbank ausrichten soll, und das Bekenntnis zu einer staatlichen Industriepolitik in technologischen Schlüsselsektoren.¹⁸ Die genaue Interpretation des Wähler-

auftrags ist dabei weniger die Aufgabe der Regierungspartei, sondern die des Staatspräsidenten und der von ihm berufenen Regierung, an deren Spitze der angesehene Premierminister François Fillon steht.

ORTSBESTIMMUNG DER UMP

Dies führt zurück zur Beurteilung einer Partei, die primär auf die Unterstützung der Politik des neu gewählten Präsidenten hin orientiert ist. Ihre dienende Rolle ist im Parteistatut insoweit fixiert, als im Juli 2007 besondere Regelungen eingeführt wurden für den – bereits eingetretenen – Fall, dass der amtierende Parteichef die Funktion des Staatspräsidenten ausfüllt. In der aktuellen Situation wird die Parteispitze durch einen Generalsekretär und zwei Stellvertreter gebildet, die das oberste Leitungsorgan (*Bureau politique*) bestellt hat und jederzeit wieder abberufen kann. Der Posten des Parteiführers bleibt somit bis zur nächsten Präsidentenwahl vakant, währenddessen der Staatspräsident als eigentliches „moralisches“ Parteiobhaupt die wirkliche Macht in der UMP ausüben kann. Das Amt des Generalsekretärs hat mit Patrick Devedjan ein enger Vertrauter des Staatschefs inne. Für den Charakter der „Sarkozy-Partei“ ist es weiterhin bezeichnend, dass im Sinne des Pluralismus zwar die wichtigeren Gruppierungen und Tendenzen auf allen Parteebenen vertreten sind, zugleich aber plebiszitäre Elemente ins Spiel kommen. Neben der Direktwahl des (regulären) Parteiführers durch die Mitglieder ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass auch das offizielle Programm der Partei, der „Contrat de législation 2007-2012“, im November 2006 von 97,6 Prozent der abstimmenden Parteimitglieder (die Wahlbeteiligung lag bei rund 50 Prozent) verabschiedet wurde. Ein allzu großes Eigengewicht kommt der Präsidentenpartei unter diesen Bedingungen nicht zu. Die UMP dient so in erster Linie der Integration der „um den Präsidenten vereinten“ Strömungen und der Rekrutierung des politischen Nachwuchses.

Praktisch ist die Partei auf die Vorbereitung der Wahlkämpfe ausgelegt. Ihre landesweite Organisation folgt konsequent der Gliederung nach Parlamentswahlkreisen. Auch ein vorstellbares Gegengewicht zur Pariser Parteiführung in den anderen Landesteilen kann sich nur schwer herausbilden – nicht zuletzt, weil das rechte Lager bei den letzten Regionalwahlen im März 2004 nur in zwei von 22 Regionen (im Elsass und in Korsika) eine Mehrheit erzielte. Immerhin wird der Gedanke einer effektiven Stärkung des Pluralismus durch eine Aufwertung der Regionalverbände seit Gründung der Partei diskutiert. Hierbei gab das Modell der aus

französischer Sicht erfolgreichen Volkspartei CDU ein Vorbild ab, das auch hinsichtlich der Professionalisierung des Parteiapparats und der zielgerichteten Mitgliederwerbung in gewisser Weise Pate stand.¹⁹ Die Entwicklung hat gezeigt, dass aus der UMP dennoch keine „Volkspartei“ im überkommenen Sinne geworden ist, sondern ein eigenartiger Typ der modernisierten, teils mit direktdemokratischen Angeboten werbenden „Präsidentenpartei“, wie sie eben nur das politische System der Fünften Republik hervorbringen kann.

Die UMP ist dabei ein kompliziertes Gebilde. Jedem Versuch, das Innenleben der Partei zu studieren, steht die Schwierigkeit entgegen, in einen kaum durchschaubaren Nebel persönlicher Rivalitäten und Ambitionen und daraus gespeister Netzwerke hineinzuleuchten. Zusammengehalten wird die Präsidentenpartei wesentlich durch die gemeinsame Machtperspektive und institutionelle Faktoren, vor allem die Zwänge und Vorteile des Mehrheitswahlrechts. Das inhaltliche Bindeglied der in der UMP vereinigten Tendenzen ist bis auf Weiteres die Orientierung am „Sarkozysmus“ – ein konservativ-liberales Amalgam, das durch eine geschickte populistische Verpackung („Präsident der Kaufkraft“) und eine Dynamik des Aufbruchs sogar Anziehungskraft auf einige Überläufer aus dem linken Lager entfaltete. Ob man das Programm des Staatschefs noch als neogaullistisch kennzeichnen kann, erscheint eher fraglich. Sarkozy beruft sich auf die Denkschule des Gaullismus, versteht darunter aber praktisch nur einen politischen Stil, der geistige Freiheit bedeute und das Prinzip, „das ewige Frankreich durch Aktivität und Reformen zu bewahren, statt in Bewegungslosigkeit zu verharren“.²⁰

Noch kann sich die Partei auf die Wahlerfolge der vergangenen Jahre stützen. Der kritische Moment für die UMP wird dann eintreten, wenn sich das nächste Mal die Führungsfrage neu stellt und ein neuer Zyklus im Leben der Präsidentenpartei anhebt. Gelingt es Sarkozy, dessen erstes Amtsjahr viele Erwartungen enttäuschte (was im März 2008 einen Rückschlag für die UMP bei der Kommunalwahl provozierte), sich politisch zu behaupten, wird ihm niemand die erneute Kandidatur streitig machen können. Sollte es anders kommen und eine Wiederwahl des Präsidenten als Möglichkeit entfallen, wäre ein offener Nachfolgekampf zu erwarten. Alles spricht aber dafür, dass die Partei auch dann zusammenbleiben würde. Die Vielfalt der Akteure und Tendenzen wird nicht dazu verleiten, bei einer Parlamentswahl auf die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten zu verzichten. Bei einer zunehmenden politischen Abnutzung der Regie-

rungspartei wäre allerdings die Herausforderung durch einen neu belebten Rechtspopulismus nicht ausgeschlossen. Letzten Endes wird das Wahlrecht zur Nationalversammlung weiterhin den Trend zur Herausbildung zweier Pole um die UMP und die Sozialisten begünstigen. Und jeder Politiker im Lager der Rechten, der Präsident Sarkozy irgendwann zu beerben hofft, wird nicht darum herumkommen, zuerst eine führende Stellung in der UMP erobern zu müssen.

Frankreichs konservativ-liberale Sammelpartei trägt im Vergleich zur CDU stärker den Charakter eines dauerhaft etablierten Wahlbündnisses, das ein Miteinander verschiedener politischer Tendenzen organisiert. Insofern fällt die französische Präsidentenpartei aus dem Muster westeuropäischer konservativer und christdemokratischer Parteien heraus. Für die Entwicklung der noch verhältnismäßig jungen Partei existiert daneben ein Szenario, dass sich unter Führung des Präsidenten ein homogener Parteikern herausbildet. Voraussetzung dafür wären vor allem spürbare Erfolge der Regierungstätigkeit in den nächsten Jahren. Dadurch könnten fortbestehende innerparteiliche Gegensätze und Rivalitäten in den Hintergrund rücken. Die entscheidende Koordinierung und der Ausgleich widerstreitender Positionen müssten in jedem Fall von der Spitze und nach Stand der Dinge von der staatlichen Exekutive her geleistet werden. Das entspricht dem Grundprinzip der Präsidentenpartei. Die Gründung der UMP war die spezifische Antwort auf die Probleme der einst stark zerstrittenen bürgerlichen Rechten in Frankreich. Von der Wirkung des Mehrheitswahlrechts mitgetragen und zielstrebig auf das höchste Staatsamt ausgerichtet, wird die Partei auf viele Jahre hinaus eine Dominante der französischen Politik bleiben.

- 1| Einen Überblick zum Parteiensystem gibt Höhne, Roland: *Das Parteiensystem Frankreichs*. In: Niedermayer, Oskar u.a. (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – S. 161-187.
- 2| Jun, Uwe: *Parteien im Parlament: Die institutionell schwache Stellung der Fraktionen*. In: Russ, Sabine u.a. (Hrsg.): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*. – Opladen: Leske + Budrich, 2000. – S. 123-143. – (Lehrtexte Politik).
- 3| Pütz, Christine: *Parteienwandel in Frankreich: Präsidentschaftswahlen und Parteien zwischen Tradition und Anpassung*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004. – (Frankreich-Studien; 8).
- 4| Zur strategischen Motivation des Zusammenschlusses vgl. Haegel, Florence: *Faire l'union. La refondation des partis de droite après les élections de 2002*. In: *Revue française de science politique*, 52 (2002) 5-6, S. 561-576.

- 5| *Selbstdarstellung („Tout savoir sur l'UMP“)* auf der Partei-Website www.u-m-p.org.
- 6| *Zur Entwicklung des Gaullismus als politische Doktrin* siehe Berstein, Serge: *Histoire du gaullisme*. – Paris: Perrin, 2001.
- 7| *Ob die Gründung der UMP das Ende des Gaullismus bedeutete, blieb umstritten. Einiges spricht dafür, dass bereits Chirac mit seiner liberalen Wirtschafts- und Europapolitik die Abkehr vom Gaullismus vollzog*. Siehe Ridet, Philippe: *L'UMP, ou l'extinction du gaullisme*. In: *Le Monde* vom 21. September 2002.
- 8| *Zur frühen Phase des Machtkampfs zwischen Chirac und Sarkozy* siehe die eingehende Schilderung bei Engelkes, Heiko: *König Jacques. Chiracs Frankreich*. – Berlin: Aufbau-Verlag, 2005. – S. 328-375.
- 9| *Politische Erklärung („Declaration politique“)* zur Konstituierung der UMP-Fraktion, 26. Juni 2007. – www.assemblee-nationale.fr/13/qui/declarations-groupes.asp [5. Mai 2008].
- 10| *In der zweiten Kammer bilden Senatoren des Neuen Zentrums und von MoDem als Union Centriste eine gemeinsame Fraktion. Dass die Fraktionen im Senat teilweise die starren Parteigrenzen überschreiten, darf jedoch nicht überbewertet werden*.
- 11| *Bei der Europawahl 2004 erzielte die MPF 7,6 Prozent der Stimmen und stellt damit drei Abgeordnete im Europaparlament. Bei der Wahl zur Nationalversammlung 2007 stellte die Partei landesweit Kandidaten auf, die zusammen 1,2 Prozent der Stimmen gewannen. Die einzige Abgeordnete der MPF wurde jedoch unter dem Label der Majorite présidentielle, also ohne einen Gegenkandidaten der UMP, wiedergewählt*.
- 12| Artikel 15 bis 18 in *Les nouveaux statuts de l'UMP*. – S. 4-5. – www.u-m-p.org/site/upload/statuts/statuts.pdf [7. Mai 2008].
- 13| Artikel 3 des Statuts der UMP. – S. 1. – (Fn. 12). Auf der Website der UMP werden keine näheren Angaben zu den assoziierten Parteien und Vereinigungen gemacht. Eine Linkliste erlaubt jedoch einen gewissen Überblick (www.u-m-p.org/site/index.php/ump/liens/sites_associes).
- 14| *In der zweiten Kammer sind die Radikalen als Ausdruck der Parteitradition überwiegend Mitglieder einer seit 1892 bestehenden Fraktion, die heute den Namen Rassemblement démocratique et social européen trägt. In dieser Fraktion überwiegen zahlenmäßig Vertreter der linksliberalen Parti radical de gauche*.
- 15| Haegel, Florence: *Le pluralisme à l'UMP. Structuration idéologique et compétition interne*. In: dies. (Hrsg.): *Partis politiques et système partisan en France*. – Paris: Presses de Sciences Po, 2007. – S. 219-254.
- 16| *Bei der Europawahl 1999 errang die RPF mehr Stimmen (13,1 gegenüber 12,8 Prozent) als die Liste Sarkozy (RPR-DL). Kurz darauf spaltete sich die MPF (Philippe de Villiers) ab. Der Rest der Partei um Pasqua schloss sich 2002 der UMP an*.
- 17| Roger, Patrick: *L'UMP est devenu au fil des ans l'auberge espagnole de la pensée économique*. In: *Le Monde* vom 19. März 2008.
- 18| Uterwedde, Henrik: *Sarkozys Wirtschaftspolitik. Eine Reformagenda à la française?* In: *Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, 63 (2007) 3, S. 10-14. Vgl. ferner das ausführliche Wahlprogramm der UMP: *„Contrat de législature 2007-2012.“* – <http://viphttp.yacast.net/ump/projet-ump2007.pdf> [7. Mai 2008].
- 19| Vgl. Haegel: *Faire l'union*. – S. 571-572. – (Fn. 4).
- 20| Sarkozy, Nicolas: *Bekanntnisse. Frankreich, Europa und die Welt im 21. Jahrhundert*. – München: Bertelsmann, 2007. – S. 273.